
808/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 29.03.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Elisabeth Grossmann, Broukal
und GenossInnen

betreffend Verlust der Studienbeihilfe bei unverschuldeter Studienverlängerung

Laut Medienberichten gibt es an der Medizin-Universität Wien seit vielen Jahren ein gravierenden Missstand: Viele StudentInnen der Zahnmedizin, die den zweiten Abschnitt beenden, müssen mindestens ein Jahr warten, um ihr Studium fortsetzen zu können. Der Grund liegt darin, dass es bei den ZahnmedizinerInnen für den 3. Abschnitt lediglich 70 Studienplätze gibt. Für den Herbst stehen 105 StudentInnen auf der Warteliste, zumindest 35 StudentInnen müssen ein Jahr lang warten, mit Ende dieses Semesters könnten bis zu 80 weitere StudentInnen nachkommen.

Ein weiteres Beispiel:

Die Betreuungsverhältnisse und das Lehrveranstaltungsangebot am Pädagogik-Institut der Grazer Universität sind unzumutbar. Auch hier wird den Studierenden ein zügiges Weiterkommen in ihrem Studium verweigert. Von 450 Studierenden, die vor dem Ende ihres Studiums stehen, bekommen nur 70 einen Platz in notwendigen Pflichtlehrveranstaltungen, für den Rest heißt es warten.

Die Studierenden müssen während dieser Wartezeit nicht nur Studienbeiträge bezahlen, sondern es drohen ihnen auch der Verlust der Studienbeihilfe bzw. Familienbeihilfe aufgrund dieser unverschuldeten Verlängerung ihres Studiums.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen für Zahnmedizin an der Medizin-Universität Wien und für Pädagogik an der Universität Graz zu setzen. Jenen Studierenden, die durch Platzmangel am Weiterstudieren gehindert sind, soll durch Verordnung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Studienbeihilfe und Familienbeihilfe weiterhin gewährt werden können.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung